

Sowjetunion: Der politische Machtkampf lähmt die Wirtschaft.....	293
Zur Reformdiskussion in der EG-Agrarpolitik	301

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 22/91

Berlin

30. Mai 1991

58. Jahrgang

A. Ex.

Sowjetunion: Der politische Machtkampf lähmt die Wirtschaft

Die Talfahrt der sowjetischen Wirtschaft beschleunigt sich. Das Bruttosozialprodukt sank im ersten Quartal 1991 gegenüber der entsprechenden Vorjahrsperiode um 8 vH, die Verbraucherpreise stiegen um 24 vH. Das Defizit im Unionshaushalt hat mit 27 Mrd. Rubel den Planansatz für 1991 schon im Frühjahr überschritten. Seit der Preisreform vom 2. April 1991 haben sich die Lebenshaltungskosten drastisch erhöht, die Versorgungslage hat sich aber nicht gebessert. Der Außenhandel mit den mittel- und osteuropäischen sowie mit den westeuropäischen Partnern droht zusammenzubrechen.

Politisch und wirtschaftlich motivierte Streiks sowie der Konflikt zwischen der Union und den Republiken haben die Wirtschaft gelähmt. Ohne einen einvernehmlichen Unionsvertrag erscheinen ein wirksames Krisenmanagement und erfolgreiche Wirtschaftsreformen als unmöglich. Die sowjetische Wirtschaft ist heute mehr denn je auf die westliche, besonders auf die westeuropäische Unterstützung mit Kapital, Fachwissen und Technik angewiesen. Stabilität der sowjetischen Wirtschaft ist erforderlich, damit das ökonomische Zusammenwachsen des Kontinents unter den neuen politischen Rahmenbedingungen erfolgreich sein kann.

Abwärtsentwicklung auf breiter Front

Die Periode des 12. Fünfjahrplans endete 1990, doch wurde dies kaum noch registriert. Von dem einstigen Ziel einer Beschleunigung des wirtschaftlichen Wachstums ist keine Rede mehr. Erstmals seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs wies die Statistik 1990 eine rückläufige Wirtschaftsentwicklung auf, die sich im ersten Quartal 1991 beträchtlich verstärkt hat (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH)¹:

Versorgungsengpässe und Produktionsstillstände wegen des Ausbleibens von Lieferungen nehmen zu. Eine wichtige Ursache für die Lieferrückstände waren hohe Arbeitszeitverluste: Nichterscheinen am Arbeitsplatz, Streiks und Nationalitätenkonflikte, die sich in Industrie und Bauwirtschaft 1990 auf 50 Mill. Arbeitstage beliefen, darunter 10 Mill. durch Streiks. Im ersten Quartal 1991 gab es 1,2 Mill. Streiktage. Durch die Bergarbeiterstreiks im März/April 1991 entstanden nach Regierungsangaben direkte und indirekte Produktionsverluste von monatlich 4 Mrd. Rubel².

	1981-1985 ¹	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ²
Bruttosozialprodukt	3,7	3,3	2,9	5,5	3,0	-2	-8
Produziertes Nationaleinkommen	3,2	2,3	1,6	4,4	2,4	-4	-10
Gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität	2,7	2,1	1,6	4,8	2,3	-3	-9

¹) Im jährlichen Durchschnitt. — ²) Erstes Quartal.

¹ Vgl. Narodnoe chozjajstvo SSSR v 1989 g., Moskau 1990, S. 8-9. *Ekonomika i zizn*, Nr. 5/1991, S. 9 und Nr. 17/1991, S. 16.

² Vgl. *Pravda* vom 26. April 1991.

Nahezu alle Wirtschaftszweige sind von der Abwärtsbewegung betroffen (Rückgang in vH):

	1990	1. Quartal 1991
Industrieproduktion	1	5
Agrarproduktion	2	13
Gütertransportleistung	6	8
Inbetriebnahme von Anlagevermögen in den staatlichen Unternehmen	4	33
Fertigstellung von Wohnraum	11	27
Arbeitsproduktivität	3	9

Diese offiziellen Zahlen dürften die Talfahrt der sowjetischen Wirtschaft eher verharmlosen, da die Preisbereinigung in der Wirtschaftsstatistik unzureichend ist. Dieser Mangel der Statistik gewinnt angesichts der sich beschleunigenden Inflation zunehmend an Bedeutung.

In der Industrie war die Produktionsentwicklung 1990 noch uneinheitlich. Während sich die Erzeugung von Produktionsmitteln um reichlich 3 vH verringerte, verzeichnete die Konsumgüterproduktion einen Zuwachs von 4½ vH. Negativ entwickelten sich insbesondere die Erdölförderung (-6 vH), die Kohleförderung (-5 vH), die Metallurgie (-3 vH), die Papierindustrie (-3 vH) sowie einige Zweige der Chemieindustrie und des Maschinenbaus. Der Produktionszuwachs bei den Konsumgütern

beschränkte sich weitgehend auf langlebige Produkte wie Unterhaltungselektronik und Haushaltsgeräte, wo neue Kapazitäten durch die Umstellung eines Teils der Rüstungsindustrie auf zivile Produktion geschaffen wurden. In der Nahrungsmittel- und in der Textilindustrie gab es demgegenüber Produktionsrückgänge.

Im ersten Quartal 1991 konnte das Produktionsniveau vom Vorjahr nicht erreicht werden (Rückgang in vH):

Produktionsmittel	6
Erdöl	9
Kohle	11
Stahl	8
Maschinenbau	5 bis 25
<i>Konsumgüter</i>	3
Schuhe	11
Textilien	10 bis 15
Seife	15
Zahnpasta	12
Nahrungsmittel	6
Zucker	21
Mineralwasser	25

Indikatoren der wirtschaftlichen Entwicklung in der UdSSR
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH

	1981-85 ¹⁾	1986	1987	1988	1989	1990	1. Quartal 1991 ²⁾
Beschäftigte ³⁾	0,9	0,6	0,4	-0,9	1,0	-0,7	-1,4
Produziertes Nationaleinkommen	3,2	2,3	1,6	4,4	2,4	-4,0	-10,0
Bruttosozialprodukt	3,6	3,3	2,9	5,5	3,0	-2,0	-8,0
Industrieproduktion	3,6	4,4	3,8	3,9	1,7	-1,2	-5,0
davon: Produktionsgüter	3,6	5,0	3,7	3,4	0,7	-3,2	-6,0
Konsumgüter	3,7	2,6	4,1	5,4	4,8	4,4	-3,0
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	1,0 ⁴⁾	5,3	-0,6	1,7	1,3	-2,3	-13,0
Gütertransportvolumen	0,5	4,4	2,0	1,3	-1,9	-5,9	-7,8
Arbeitsproduktivität insgesamt	2,7	2,1	1,6	4,8	2,3	-3,0	-9,0
darunter: Industrie	3,0	4,5	4,1	4,7	3,1	1,5	.
Bauwirtschaft	2,6	4,5	6,3	7,5	.	.	.
Landwirtschaft	1,5 ⁴⁾	8,6	3,2	6,2	5,0	-1,0	.
Eisenbahntransport	1,6	7,6	6,8	3,9	.	.	.
Nominallöhne und -gehälter je Beschäft.	2,4 ³⁾	2,9	3,7	8,3	9,5	12,3	.
Staatsausgaben, jeweilige Preise	5,6	7,9	3,3	6,6	7,7	5,7	.
Brutto-Anlageinvestitionen	3,7	8,4	5,6	4,8	0,6	-5,5	-16,0
Inbetriebnahme von Grundfonds	2,9	5,9	6,8	0,8	-2,0	-4,0	-33,0
Einzelhandelsumsatz, jeweilige Preise	3,7	2,4	2,8	7,3	10,1	10,4	0,2
Export, jeweilige Preise in VRbl.	7,9	-6,1	-0,2	-1,5	2,5	-11,5	-18,4
Export, Preise von 1985 in VRbl.	1,7	9,2	2,6	2,5	1,7	-13,0	.
Import, jeweilige Preise in VRbl.	9,2	-9,8	-3,0	7,1	10,9	-1,9	-45,1
Import, Preise von 1985 in VRbl.	6,9	-4,8	-0,9	2,8	9,7	-1,9	.

¹⁾ Jahresdurchschnittliche Zunahme. — ²⁾ Gegenüber dem 1. Quartal 1990. — ³⁾ Im Staatssektor. — ⁴⁾ Mehrjahresdurchschnitte bezogen auf den Durchschnitt zum vorhergehenden Planjahr fünf.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der UdSSR 1989; Planerfüllungsbericht 1990, und 1. Quartal 1991; Berechnungen des DIW.

Die Landwirtschaft hatte 1990 mit 218 Mill. t (+11 vH) zwar die beste Getreideernte seit 1978. Ansonsten war die Entwicklung aber unbefriedigend. Bei Zuckerrüben (-17 vH), Kartoffeln (-12 vH) und Gemüse (-8 vH) gingen die Ertragsmengen deutlich zurück, was nicht zuletzt auf Schwierigkeiten beim Einbringen der Ernte zurückzuführen war. Die Produktion tierischer Erzeugnisse stagnierte. Ein ungelöstes Problem bleiben die hohen Verluste bei der Lagerung, dem Transport und der Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte.

Beschleunigte Inflation

Das zentrale wirtschaftliche Problem ist nach wie vor die Inflation. Die offizielle Statistik weist für 1990 zwar nur einen Anstieg der Verbraucherpreise um 5 vH aus, dies ist jedoch wegen der Warenknappheit im Einzelhandel keine aussagefähige Größe. Bei Einbeziehung der verdeckten Inflation beziffert das Staatskomitee für Statistik die Inflationsrate 1990 auf 19 vH. Im ersten Quartal 1991 war der Index der Verbraucherpreise um 24 vH höher als ein Jahr zuvor, damit trat die Inflation offen zutage³.

Eine grundlegende Preisreform ist am 2. April 1991 in Kraft getreten. Die staatlich festgelegten Preise für Nahrungsmittel wurden um durchschnittlich 160 vH angehoben, die Preise für andere Konsumgüter um 135 vH. Für zahlreiche Produkte wurden die Preise freigegeben, oder es werden nur noch Preisobergrenzen festgelegt. Auch die Verkehrstarife wurden drastisch erhöht, so für die Eisenbahnen um 70 vH und den öffentlichen Nahverkehr um bis zu 200 vH. Um die sozialen Folgen der Preissteigerungen abzumildern, wurden die Mindestlöhne um 60 Rubel und die Renten um 65 Rubel angehoben, dies entspricht etwa einer Erhöhung um jeweils 75 vH. Auch andere Transferleistungen wurden erhöht. Weitere Kompensationsmaßnahmen sind eine Senkung der Lohn- und Gewinnsteuern und eine nominale Aufwertung der Sparguthaben um 40 vH⁴. Ob durch die Ausgleichsmaßnahmen wirklich 85 vH der Preissteigerungen aufgefangen werden, wie dies von der Regierung behauptet wird, muß bezweifelt werden. Die erhoffte Verbesserung der Versorgungslage nach der Preiserhöhung ist ausgeblieben. Die Ausweitung der Streiks im April hat die Gefahr einer Lohn-Preis-Spirale offenkundig gemacht.

Hauptquelle der Inflation ist das Defizit im Staatshaushalt. Die Angaben über die Entwicklung der öffentlichen Finanzen im Jahr 1990 sind widersprüchlich. Das Haushaltsdefizit wird mit rund 58 Mrd. Rubel angegeben, die Zunahme der staatlichen Binnenschuldung mit 150 Mrd. Rubel. Die für das Haushaltsdefizit genannte Zahl erfaßt somit die Staatsverschuldung nur unvollständig. Die Kreditfinanzierung der Staatsausgaben ist in den letzten fünf Jahren sprunghaft gestiegen, die Staats-

verschuldung im Inland hat sich seit 1985 nahezu vervierfacht:⁵

	1985	1986	1987	1988	1989	1990
In Mrd. Rubel am Jahresende	141,6	161,7	184,1	311,8	398,2	550
In vH des Brutto-sozialprodukts	18,2	20,3	22,3	35,6	42,8	55-60

Im Unionshaushalt für 1991 ist ein Defizit von 26,7 Mrd. Rubel eingeplant. Tatsächlich ist bereits im ersten Quartal ein Defizit von 26,9 Mrd. Rubel zu verzeichnen, da die Überweisungen der Republiken, insbesondere der Russischen Föderation (RSFSR), niedriger ausfielen, als im Plan vorgesehen. Auch die Haushalte der Republiken dürften defizitär sein. Im Budget der RSFSR ist für 1991 ein Defizit von 9 Mrd. Rubel eingeplant, in der Ukraine sind es 4,4 Mrd. Rubel⁶.

Die Finanzierung eines großen Teils der Staatsausgaben durch Notenbankkredite hat 1990 erneut zu einer erheblichen Erhöhung der Geldmenge geführt. Die Bargeldemission betrug 28 Mrd. Rubel gegenüber 18 Mrd. 1989 und 11,5 Mrd. 1988, die Bargeldbestände der Bevölkerung erhöhten sich um 27 vH. Um Kaufkraft abzuschöpfen, wurden im Januar 1991 die 50- und 100-Rubel-Scheine für ungültig erklärt und nur maximal 1000 Rubel umgetauscht. Der Erfolg dieser konfiskatorischen Maßnahme blieb gering, dagegen hat sie die ohnehin geringe Akzeptanz des Rubels als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel weiter geschwächt.

In beträchtlichem Maße haben die unkontrollierten Einkommenssteigerungen zur Inflation beigetragen. Die Löhne und Gehälter stiegen 1990 um 12,3 vH, die Entgelte der Kolchosbauern um 8,4 vH. Die Geldeinkommen der Bevölkerung wuchsen insgesamt um 94,5 Mrd. Rubel (17 vH). Da es keine attraktiven Möglichkeiten zum Sparen gibt, sind die Einkommenszuwächse nahezu vollständig nachfragewirksam. Angesichts der Warenknappheit im Staatshandel kam der Kaufkraftüberhang der Schattenwirtschaft zugute. Bei einer im Dezember 1990 durchgeführten Erhebung waren die Schwarzmarktpreise bei Fleisch fast fünfmal so hoch wie im Staatshandel, bei Bekleidung im Durchschnitt etwa dreimal so hoch, bei Schuhen etwa viermal und bei Elektrogeräten und Unterhaltungselektronik knapp dreimal. Medikamente werden auf dem Schwarzmarkt sogar 20-mal so teuer verkauft wie staatlich festgelegt⁷.

³ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 5/1991, S. 10 und Nr. 17/1991, S. 16.

⁴ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 13/1991, S. 15 ff. und Nr. 14/1991, S. 5 ff.; *Izvestija* vom 29. April 1991.

⁵ Vgl. *Narodnoe chozjajstvo ...*, a.a.O., S. 614; *Ekonomika i zizn'*, Nr. 5/1991, S.9.

⁶ Vgl. *Sovetskaja Rossija und Pravda Ukrainy* vom 30. Dezember 1990.

⁷ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 12/1991, S. 16.

Eine große Belastung für die Volkswirtschaft stellt die Ineffizienz bei der Durchführung der Investitionen dar. In kaum einem Bereich wird die systembedingte Unwirtschaftlichkeit und Verantwortungslosigkeit so offenkundig wie hier. Chronisch sind vor allem die überlangen Bauzeiten. Die Verzögerungen bei der Fertigstellung neuer Produktionsanlagen haben 1990 sogar noch zugenommen. Obwohl im Plan für 1990 vorgesehen war, die Investitionsmittel auf die Fertigstellung im Bau befindlicher Anlagen zu konzentrieren, ist die Inbetriebnahme von Anlagevermögen gegenüber 1989 um 4 vH zurückgegangen. Von den 746 zentral geplanten Investitionsobjekten, die fertiggestellt werden sollten, wurden lediglich 293 (39 vH) tatsächlich in Betrieb genommen. Der Wert der unvollendeten Investitionen war Ende 1990 mit über 200 Mrd. Rubel um 11 vH höher als zu Jahresbeginn und um 64 vH höher als Anfang 1986. Bauvorhaben mit einem geplanten Wert von 89 Mrd. Rubel, von denen 30 Mrd. bereits ausgegeben wurden, sind überhaupt eingestellt worden⁸.

Umstrittene Reformpolitik

Stand und Perspektiven der Wirtschaftsreformen sind derzeit schwer einzuschätzen. Der wirtschaftspolitische Kurs der Unionsregierung bleibt widersprüchlich. Einerseits ist eine Reihe von Gesetzen verabschiedet worden, mit denen marktwirtschaftliche Reformen weiter vorangebracht werden sollen. Andererseits wird mit Präsidialerlassen immer wieder versucht, administrativ in das Wirtschaftsgeschehen einzugreifen. Große Unsicherheit verursacht außerdem der ungelöste Konflikt zwischen der Union und den Republiken. Die Republiken beharren auf ihrer wirtschaftlichen Souveränität und beschließen eigene Reformgesetze, die zum Teil mit den Unionsgesetzen nicht vereinbar sind. Die baltischen Staaten, Georgien, Armenien und Moldawien sind überhaupt zum Ausscheiden aus der Union entschlossen. Eine Basis für eine Lösung des Konflikts könnte die gemeinsame Erklärung von Präsident Gorbatschow und den Vertretern von 9 der 15 Republiken sein. Darin wurde die gemeinsame Ausarbeitung eines neuen Unionsvertrages vereinbart. Die Vertreter der Republiken betonten das Recht der baltischen Staaten, Armeniens, Georgiens und Moldawiens, über ihre Zugehörigkeit zur Union selbst zu bestimmen. Der Volksdeputiertenkongreß soll über eine neue Verfassung für die UdSSR entscheiden⁹.

Die Außenwirtschaftsreform, 1986 und 1987 mit großem Elan begonnen, hat bisher nur zu einem organisatorischen Chaos auf allen Entscheidungsebenen geführt und eines ihrer Hauptziele verfehlt, die Unternehmen für eine effiziente Export- und Importtätigkeit zu interessieren. Die Unionsrepubliken beanspruchen außerdem, die alleinige rechtliche Verfügung über die Exportressourcen auf ihren Hoheitsgebieten.

Der sowjetische Ministerpräsident hat das Regierungsprogramm zur Bewältigung der Wirtschaftskrise und zur Fortführung der Reformen am 22. April dem Obersten Sowjet vorgelegt. Zwei Drittel der staatlichen Kleinbetriebe sollen 1991 und 1992 privatisiert werden. Für die staatlichen Großbetriebe ist vor allem die Umwandlung in Aktiengesellschaften vorgesehen. Mindestens 10 vH der Aktien oder des Vermögens der Staatsbetriebe sollen in den nächsten anderthalb Jahren in das Eigentum der Belegschaften und anderer Privatleute übergehen. Ein Teil des Aktienbesitzes will die Union an die Republiken und lokalen Gebietskörperschaften abtreten. Zur Stabilisierung der Finanzlage sollen im Einvernehmen mit den Republiken Kürzungen bei den Staatsausgaben vorgenommen werden. Die Nahrungsmittelproduktion soll vorrangig gefördert werden. Zur Aufrechterhaltung des Transportwesens und der Energiewirtschaft werden auch Notstandsmaßnahmen nicht ausgeschlossen¹⁰.

Einige grundlegende Reformgesetze sind in den Unionsrepubliken beschlossen worden. Von Bedeutung sind insbesondere die Gesetze über die Eigentumsverfassung und über die Unternehmen der RSFSR und der Ukraine.

Das Eigentumsgesetz der RSFSR gewährt das Recht auf Privateigentum an Boden, Gebäuden, Wertpapieren, Produktionsmitteln, Unternehmen sowie Mitteln der Masseninformation. Ausländischen juristischen Personen wird das Recht auf Eigentum an Unternehmen ausdrücklich eingeräumt. Das Gesetz der Ukraine ist etwas enger gefaßt. Der Hinweis auf die Möglichkeit von Privateigentum an Mitteln der Masseninformation fehlt. Boden bleibt hier ausschließlich in Staatseigentum, er kann Privatpersonen aber zur Erbpacht übergeben werden. Das Unternehmensgesetz der Ukraine läßt im Gegensatz zum Unionsgesetz die Beschäftigung von Lohnempfängern in Privatunternehmen ausdrücklich zu, im Unternehmensgesetz der RSFSR ist diese Möglichkeit implizit enthalten¹¹. Der Anspruch der Ukraine auf das alleinige Eigentum der Republik an Boden und Naturressourcen ist mit der Unionsgesetzgebung ebensowenig vereinbar wie das Recht auf Privateigentum an Boden im Eigentumsgesetz der RSFSR¹². Die Kompetenzverteilung zwischen Union und Republiken, das Verhältnis zwischen staatlicher Intervention und Unternehmensfreiheit und die Eigentumsverfassung bleiben somit Konfliktfelder zwischen der Zentralgewalt und den Republiken.

⁸ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 5/1991, S. 12 und Nr. 11/1991, S. 12.

⁹ Vgl. *Izvestija* vom 24. April 1991.

¹⁰ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 18/1991, S. 4 ff.

¹¹ Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 4/1991, S. 16ff., *Pravda Ukrainy* vom 7. Mai 1991.

¹² Vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 3/1991, S. 13ff., *Pravda Ukrainy* vom 23. April 1991.

Katastrophales außenwirtschaftliches Ergebnis

Der Wert der sowjetischen Warenausfuhr betrug 1990 knapp 61 Mrd. Valuta-Rubel (VRbl)¹³, das waren 11,5 vH weniger als im Vorjahr. Ursache war der Rückgang des Ausfuhrvolumens (−13 vH); die durchschnittlichen Exportpreise haben sich leicht erhöht (+1,5 vH). Demgegenüber haben sich sowohl der Wert (über 70,5 Mrd. VRbl) als auch das Volumen der Wareneinfuhr des Landes im vergangenen Jahr um jeweils knapp 2 vH verringert. In der Entwicklung des Außenhandels bündeln sich die ungelösten Probleme der sowjetischen Wirtschaft im vergangenen Planjahrfünft (jährliche Veränderung in vH):

	1986	1987	1988	1989	1990	Index 1990 (1985 = 100)
<i>Ausfuhr</i>						
Werte	−6,1	−0,2	−1,5	+2,5	−11,5	84
Volumen	+9,2	+2,6	+2,5	+1,7	−13,0	101,5
Preise	−14,0	−2,7	−3,9	+1,6	+1,7	82,5
<i>Einfuhr</i>						
Werte	−9,8	−3,0	+7,1	+10,9	−1,9	102
Volumen	−4,8	−0,9	+2,8	+9,7	−1,9	104,5
Preise	−5,5	−2,1	+4,7	+1,0	0	97,5
<i>Terms of Trade</i>	−9,2	−0,6	−7,8	+0,6	+1,7	84,5

Wegen der Verschlechterung der Austauschbedingungen um insgesamt 15,5 vH, in erster Linie bedingt durch den Verfall der Ausfuhrpreise von Mineralöl und Erdgas, hat sich der Abstand zwischen realem und nominalem Exportüberschuß in den zurückliegenden fünf Jahren merklich erhöht (in Mrd. VRbl):

	1986	1987	1988	1989	1990
zu jeweiligen Preisen	5,8	7,4	2,1	−3,4	−9,8
zu Preisen von 1985	13,3	16,0	16,2	11,0	1,4

Die Verluste der sowjetischen Wirtschaft durch die Verschlechterung der Terms of Trade betragen von 1986 bis 1990 knapp 56 Mrd. VRbl. Dies dürfte — grob geschätzt¹⁴ — einem Anteil von 5 bis 10 vH des Brutto-sozialprodukts in den Jahren 1986 bis 1990 entsprechen.

Dieses Ergebnis geht im wesentlichen auf das einseitige und sehr schmale Warensortiment der sowjetischen Ausfuhr zurück. Mehr als drei Viertel der gesamten Ausfuhr des Landes entfielen 1990 — zu jeweiligen Preisen gerechnet — auf Rohstoffe, Energie und Halbwaren (1985: 82 vH); allein der Anteil von Brennstoffen und Energie belief sich auf 40,5 vH (1985: 52,7 vH). In Preisen des Jahres 1985 gerechnet wird die Energielastigkeit der sowjetischen Ausfuhr noch deutlicher (1990: 53 vH, 1985: 52,5 vH). Fertigwaren sind an der gesamten Ausfuhr im vergangenen Jahr in laufender Rechnung nur mit 22 vH

(1985: 16 vH) und in realer Rechnung sogar nur mit 16 vH (1990 und 1985) beteiligt gewesen. Ein wichtiges Ziel der neuen Außenwirtschaftspolitik unter Gorbatschow, nämlich die Exporte von Fertigwaren spürbar zu steigern, ist an der Trägheit der sowjetischen Wirtschaft gescheitert. Außerdem ist es nicht einmal gelungen, den Verarbeitungsgrad der ausgeführten Roh- und Brennstoffe zu erhöhen, um auf diese Weise die Exporterlöse je Mengeneinheit zu steigern. Der Anteil der nicht bearbeiteten Rohstoffe am Export in dieser Warengruppe hat in den letzten 20 Jahren von 61 vH auf 70 vH sogar noch zugenommen.

In der Sowjetunion sind erstmals, und zwar außerhalb der offiziellen Exportstatistik, Angaben über die Waffenexporte veröffentlicht worden: Danach hat die UdSSR in den Jahren 1986 bis 1990 „Verteidigungs- und Kriegstechnik“ im Wert von über 56,5 Mrd. (wahrscheinlich Valuta-) Rubel „ins Ausland geliefert“ (das sind 17 vH der gesamten Ausfuhr in diesen fünf Jahren); 1990 beliefen sich diese Lieferungen auf über 9,5 Mrd. Rubel. Hinzu kommen unentgeltliche Waffenlieferungen von 8,5 Mrd. Rbl. Ein Teil der Abnehmer dieser Lieferungen aus der Dritten Welt hat die Rechnung (in unbekannter Höhe) allerdings bis heute nicht bezahlt¹⁵.

Der genannte Wert der Waffenausfuhr lag im letzten Planjahrfünft über den offiziell ausgewiesenen Exporten von Maschinen, Ausrüstungen und Verkehrsmitteln (Warengruppe I der RGW-Warenklassifizierung) von 54 Mrd. VRbl. Es ist nicht bekannt, wo die Waffenexporte in der amtlichen Außenhandelsstatistik „versteckt“ sind; die unentgeltlichen Lieferungen werden in dieser Statistik nicht ausgewiesen.

Die Warengruppe I war die mit Abstand wichtigste Position innerhalb der sowjetischen Einfuhr, 1990 mit einem Anteil von 45 vH (jeweilige Preise) bzw. von 38,5 vH (1985er Preise). Insgesamt wurden von 1986 bis 1990 Maschinen und andere Investitionsgüter im Gesamtwert von 136,5 Mrd. VRbl importiert. In den letzten Jahren waren diese Importe mit rund 35 vH an den Ausrüstungsinvestitionen der sowjetischen Wirtschaft beteiligt — in diesem Punkt wird die Importabhängigkeit der UdSSR deutlich erkennbar. Es wird allerdings beklagt, daß die Einfuhr von Technik eher strukturkonservierend gewirkt und weniger der Modernisierung der Produktionsanlagen gedient hat — auch dies ist ein schwerwiegender Fehlschlag der neuen Außenwirtschaftspolitik.

¹³ Der Valuta-Rubel (VRbl) ist eine reine Recheneinheit, die ausschließlich dem statistischen Ausweis des Außenhandels dient. Sein Umrechnungskurs, der von der Staatsbank festgesetzt wird, betrug 1990: 1 VRbl = 1,71 US- $\text{\$}$.

¹⁴ Das Kaufkraftverhältnis zwischen dem Valuta-Rubel und dem heimischen Rubel wird nicht regelmäßig veröffentlicht, es wurde kürzlich vom sowjetischen Regierungschef mit 1:5 beziffert (vgl. *Ekonomika i zizn'*, Nr. 18/1991, S. 4). Für 1989 nannte er eine Parität von 1:4 (vgl. *Izvestija* vom 11. Juli 1989).

¹⁵ Vgl. *Pravitel'stvennyi Vestnik*, Nr. 2/1991, S. 12.

Entwicklung des sowjetischen Außenhandels
1985 bis 1990

Länder	1985	1987	1988	1989	1990	1985	1987	1988	1989	1990
	Ausfuhr					Einfuhr				
	Mrd. VRbl ¹⁾									
Insgesamt	72,7	68,1	67,1	68,7	60,9	69,4	60,7	65,0	72,1	70,7
RGW (9) ²⁾	40,2	40,7	39,0	38,0	26,3	37,9	38,9	39,8	40,6	30,4
DDR	7,7	7,6	7,2	6,7	—	7,6	7,1	7,0	7,2	—
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	4,2	3,5	3,8	4,3	4,1	4,6	3,3	3,5	4,1	4,5
VR China	0,8	0,7	1,0	1,3	1,4	0,8	0,8	0,8	1,1	1,7
OECD-Länder	18,7	14,4	14,9	16,7	22,5	19,4	14,0	16,5	21,0	28,6
EG (12)	13,1	9,8	10,1	11,1	16,6	8,5	6,9	7,5	9,6	17,7
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	4,3	2,5	2,5	2,6	7,1	3,3	2,7	3,3	4,2	12,2
EFTA	4,2	3,0	3,0	3,4	3,3	4,6	3,5	4,1	4,8	5,0
Österreich	0,8	0,4	0,5	0,4	0,5	0,9	0,6	0,7	1,0	1,1
Japan	0,9	1,0	1,2	1,3	1,4	2,3	1,6	2,0	2,1	2,1
USA	0,3	0,3	0,3	0,5	0,6	2,4	0,9	1,8	2,9	2,2
Entwicklungsländer	9,5	9,6	9,3	9,8	8,0	7,5	4,6	5,2	6,5	7,2
Indien	1,6	1,1	1,1	1,1	1,3	1,5	1,1	1,1	1,8	2,4
	Länderstruktur in vH									
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
RGW (9) ²⁾	55,4	59,7	58,2	55,2	43,2	54,6	64,0	61,2	56,3	43,0
DDR	10,6	11,2	10,7	9,7	—	10,9	11,7	10,8	9,9	—
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	5,8	5,1	5,7	6,2	6,7	6,6	5,4	5,4	5,6	6,4
VR China	1,1	1,1	1,5	1,9	2,3	1,2	1,2	1,3	1,5	2,4
OECD-Länder	25,8	21,1	22,2	24,4	36,9	28,0	23,0	25,4	29,1	40,5
EG (12)	18,1	14,4	15,1	16,1	27,3	12,2	11,4	11,6	13,3	25,0
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	5,8	3,7	3,8	3,9	11,7	4,7	4,4	5,1	5,8	17,3
EFTA	5,7	4,4	4,4	4,9	5,4	6,6	5,8	6,3	6,6	7,1
Österreich	1,1	0,6	0,7	0,6	0,8	1,2	1,0	1,1	1,4	1,6
Japan	1,3	1,4	1,8	2,0	2,3	3,3	2,7	3,0	3,0	3,0
USA	0,4	0,4	0,5	0,8	1,0	3,4	1,5	2,7	4,0	3,1
Entwicklungsländer	13,0	14,0	13,9	14,2	13,1	10,8	7,6	7,9	9,0	10,2
Indien	2,2	1,6	1,7	1,7	2,1	2,2	1,8	1,7	2,5	3,4
	Jährlicher Saldo in Mrd. VRbl ¹⁾					Relation Ausfuhr zur Einfuhr Einfuhr in vH				
Insgesamt	3,2	7,4	2,1	-3,4	-9,8	104,7	112,2	103,2	95,3	86,1
RGW (9) ²⁾	2,3	1,8	-0,8	-2,6	-4,1	106,2	104,7	98,0	93,5	86,5
DDR	0,1	0,5	0,2	-0,5	—	101,0	107,7	102,4	92,9	—
Übrige Sozialistische Länder ³⁾	-0,4	0,2	0,3	0,2	-0,4	92,1	107,3	108,3	105,0	91,1
VR China	-0,1	-0,0	0,2	0,2	-0,3	93,5	96,5	119,0	122,6	82,4
OECD-Länder	-0,7	0,4	-1,6	-4,3	-6,1	96,4	102,9	90,2	79,7	78,7
EG (12)	4,7	2,9	2,6	1,5	-1,1	155,0	141,8	134,7	116,0	93,8
Bundesrepublik Deutschland ⁴⁾	1,0	-0,2	-0,7	-1,5	-5,1	130,6	93,1	77,2	63,3	58,2
EFTA	-0,4	-0,5	-1,1	-1,4	-1,7	90,7	86,0	72,8	69,9	66,0
Österreich	-0,1	-0,2	-0,3	-0,6	-0,6	93,1	71,9	63,9	42,8	45,5
Japan	-1,4	-0,7	-0,8	-0,8	-0,7	40,6	59,7	60,7	62,8	66,7
USA	-2,1	-0,6	-1,4	-2,3	-1,6	13,7	30,3	18,7	18,5	27,3
Entwicklungsländer	2,0	4,9	4,2	3,3	0,8	126,2	206,1	180,9	150,4	111,1
Indien	0,1	0,0	0,0	-0,6	-1,1	104,3	103,0	100,5	64,8	54,2

1) Der Valuta-Rubel (VRbl) dient als reine Recheneinheit nur dem statistischen Ausweis des Außenhandels. Sein Umrechnungskurs betrug 1985: 1.19 US-\$, 1986: 1.42 US-\$, 1987: 1.58 US-\$, 1988: 1.65 US-\$, 1989: 1.59 US-\$ und 1990: 1.71 US-\$.
— 2) Bulgarien, CSSR, DDR bis 1989, Kuba, Mongolei, Polen, Rumänien, Ungarn und Vietnam. — 3) VR China, Jugoslawien, Laos und Nord-Korea. — 4) Bis 1989 einschließlich Berlin (West); von 1990 an einschließlich ehemalige DDR.

Quelle: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR.

1990 war über ein Fünftel der gesamten Einfuhr der UdSSR für die Entwicklung des sog. Agrar-Industrie-Komplexes des Landes bestimmt; in den Jahren 1986 bis 1990 wurden für diesen Zweck Waren im Gesamtwert von 70 Mrd. VRbl eingeführt. Darunter werden in der sowjetischen Berichterstattung allerdings nicht nur Landmaschinen, landwirtschaftliche Technik und Pflanzenschutzmittel, sondern auch Getreide und andere Nahrungsmittel erfaßt. Auf letztere Positionen entfielen mit 54 Mrd. VRbl über drei Viertel der genannten Importsumme. Allein 1990 wurden für über 2,5 Mrd. VRbl rund 32 Mill. t Getreide importiert, das entsprach 14,5 vH der letzten Getreideernte (1988: 37 Mill. t Getreideimport oder 18 vH). Die Leistungsschwäche der eigenen Landwirtschaft belastet die sowjetische Zahlungsbilanz nach wie vor erheblich. Dies ist der dritte Punkt, bei dem das Außenwirtschaftsergebnis nicht den offiziellen Planungen entspricht.

Die importierten Konsumgüter, auf sie entfiel 1990 ein Anteil an der Gesamteinfuhr von 17,5 vH, das waren fünf Anteilspunkte mehr als 1985, waren im vergangenen Jahr an der Versorgung des sowjetischen Binnenmarktes mit über einem Fünftel beteiligt; am höchsten war der Importanteil (über 30 vH) am Markt für Medikamente. Die Versorgung des sowjetischen Konsumenten mit Nahrungsmitteln und industriellen Waren aus dem Ausland spielt in der UdSSR eine immer größere Rolle. Dies ist ein gewolltes Ergebnis der sowjetischen Wirtschaftspolitik; ob es sich in dieser Richtung weiter steigern lassen wird, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Zahlungsbilanz ab.

Kritische Verschuldungslage

Wegen des drastischen Rückgangs der Ausfuhren hat sich das sowjetische Handelsbilanzdefizit 1990 auf knapp 10 Mrd. VRbl erhöht und gegenüber dem Vorjahr fast verdreifacht. Im Handel mit den RGW-Ländern — ohne die ehemalige DDR — mußte ein Minus von über 4 Mrd. VRbl (1989: -2,5 Mrd.) hingenommen werden; die Bilanz im Austausch mit den OECD-Ländern schloß mit einem Fehlbetrag von 6 Mrd. VRbl ab (Vorjahr: -4,5 Mrd.).

Die Verrechnung dieser sowjetischen Verbindlichkeiten mit den RGW-Partnern ist ein wesentlicher Streitpunkt im Zusammenhang mit der Umstellung des Warenverkehrs zwischen den ehemaligen RGW-Mitgliedsstaaten auf ein neues Verrechnungssystem (unmittelbare Anwendung der Weltmarktpreise und konvertierbarer westlicher Währungen). Vor einem ähnlichen Problem steht die Bundesregierung: Sie hat das alte RGW-Verrechnungssystem in Transfer-Rubel (TRbl; nicht zu verwechseln mit dem VRbl) für die ehemalige DDR auch nach der Währungsunion bis zum Jahresende 1991 verlängert. Gegenüber der UdSSR errechnet sich ein Leistungsbilanzüberschuß von 6,5 Mrd. TRbl (15 Mrd. DM). Die Bundesregierung und die sowjetische Regierung haben sich vertraglich verpflichtet, eine

Lösung dieses Problems bis Ende Juni 1991 zu finden, wobei der sowjetischen Wirtschaft bis 1995 keine zusätzliche finanzielle Belastung entstehen darf.

Aufgrund des gestiegenen Defizits im Warenverkehr wird das Minus der sowjetischen Leistungsbilanz in konvertierbaren Währungen im Westen auf 7 bis 10 Mrd. US-\$ geschätzt (die UdSSR veröffentlicht nach wie vor keine Angaben zur Zahlungsbilanz). Zur Finanzierung dieses Fehlbetrags hat die UdSSR auf westlichen Märkten Gold im Wert von 3 bis 4 Mrd. US-\$ verkauft; die gesamten sowjetischen Goldverkäufe in den Jahren 1986 bis 1990 dürften einen Erlös von mindestens 18,5 Mrd. US-\$ erbracht haben. Die Sowjetunion hat ferner ihre Guthaben bei westlichen Banken von rund 14,5 Mrd. US-\$ im Jahre 1989 um 6 bis 9,5 Mrd. US-\$ reduziert. Sie hat außerdem Bankkredite über 5,5 Mrd. DM in der Bundesrepublik und über weitere 300 Mill. US-\$ auf dem internationalen Kapitalmarkt aufgenommen. Hinzu kommt, daß westliche Exporteure Anfang dieses Jahres offene Forderungen an sowjetische Partner im Umfang von rund 2 Mrd. US-\$ hatten; inzwischen dürfte dieser Betrag auf 5 Mrd. US-\$ gestiegen sein.

Die gesamten Auslandsverbindlichkeiten der UdSSR wurden vom sowjetischen Ministerpräsidenten Ende des Jahres 1990 mit 62,5 Mrd. US-\$ angegeben; verglichen mit 1985 dürfte dies eine Verdoppelung bedeuten. Für den diesjährigen Schuldendienst müssen 40 vH der für 1991 erwarteten Einnahmen in konvertierbaren Währungen bereitgestellt werden (12 Mrd. VRbl; 1985: knapp 4 Mrd. VRbl). Alle sowjetischen Exporteure wurden deswegen verpflichtet, 40 vH ihrer Deviseneinnahmen an die staatliche Außenwirtschaftsbank zum *neuen kommerziellen Wechselkurs* von 1 Rubel = 0,60 US-\$¹⁶ zu verkaufen. Aus den ihnen verbleibenden Einnahmen werden im Durchschnitt 30 vH in betriebliche Devisenfonds eingespeist (1991 sollen diese Fonds einen Umfang von 5 Mrd. VRbl erreichen), die restlichen 30 vH werden an die Republiken (Anteil: 90 vH) bzw. an die örtlichen Behörden (zum genannten Wechselkurs) verkauft.

Der Oberste Sowjet hat zwar den Umfang der Auslandsverbindlichkeiten des Landes zum Stichtag 1. Januar 1992 — um die internationale Kreditwürdigkeit der sowjetischen Wirtschaft nicht noch stärker absinken zu lassen — auf rund 40 Mrd. VRbl (oder — umgerechnet mit dem offiziellen Verrechnungskurs — auf rund 70 Mrd. US-\$) begrenzt. Die unübersichtliche Lage in der UdSSR

¹⁶ Dieser kommerzielle Wechselkurs gilt seit dem 1. November 1990. Für Touristen gibt es seit Ende 1989 einen speziellen Kurs von 1 Rubel = 0,16 US-\$. Der Schwarzmarktkurs des US-\$ je Rubel betrug zuletzt (Mitte Mai 1991) 0,04 bis 0,02 (vgl. Kommersant, Nr. 20/1991, S. 8). Gegenüber September 1990 hat sich dieser Kurs deutlich verschlechtert (0,07 US-\$ bis 0,04 US-\$). Diese Schwarzmarktkurse sind gegenwärtig nahezu identisch mit den Kursen, zu denen die sowjetischen Unternehmen auf sog. Devisenauktionen Fremdwährungen — mehr oder weniger unbehindert — kaufen und verkaufen können.

führt aber offensichtlich dazu, daß die Entscheidungen auf Unionsebene nicht mehr bindend sind. Der akute Devisenmangel bewirkt vielmehr einen andauernden Streit über die Verwendung der knappen Mittel zwischen der Union und den einzelnen Republiken; um diese Auseinandersetzungen zu kanalisieren, wurde kürzlich ein zentraler Devisenfonds geschaffen, der vom Präsidenten gemeinsam mit der Führung der Republiken bewirtschaftet wird.

Fazit

Die wirtschaftlichen Probleme in der Sowjetunion sind nicht allein die Folge der unvermeidlichen Schwierigkeiten bei der Transformation einer Plan- in eine Marktwirtschaft. Die durch die unsolide Finanzpolitik verursachte Inflation hat den Rubel als allgemein anerkanntes Zahlungsmittel und damit den Binnenmarkt weitgehend zerstört. Die Rüstungsausgaben überfordern die sowjetische Volkswirtschaft, ihre Erhöhung im Haushalt 1991 ist nicht verkraftbar. Schädlich war der Zick-Zack-Kurs der Zentralregierung in der Reformpolitik. Immer wieder werden eingeleitete marktwirtschaftliche Reformen durch administrative Eingriffe, z.B. die umfassenden Vollmachten für das KGB zur Kontrolle der Unternehmen, un-

terlaufen. Die einseitige Aufkündigung des von einer gemeinsamen Expertenkommission der Union und der RSFSR erarbeiteten Programms (Schatalin-Plan) durch Gorbatschow im Herbst 1990 hat wesentlich zur Lähmung der Wirtschaft beigetragen. Treibende Kraft der Reformpolitik sind derzeit eindeutig die Republiken. Der Westen sollte dies bei seiner Zusammenarbeit mit der UdSSR stärker als bisher berücksichtigen und die Republiken in Hilfsmaßnahmen grundsätzlich einbeziehen. Es sollten nur noch konkrete Projekte gefördert werden. Ungebundene Kredite sind nicht ratsam.

Die sowjetische Wirtschaft benötigt für eine längere Übergangsphase dringend die finanzielle und sonstige Unterstützung des Westens, insbesondere die Westeuropas. Es darf nicht aus dem Blick verloren werden, daß die Sowjetunion — abgesehen von den aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten — mittel- und langfristig nicht nur ein großer und interessanter Absatzmarkt für die mittel- und westeuropäischen Industrien sein wird. Noch wichtiger ist, daß es ohne eine Beteiligung der Sowjetunion nicht gelingen kann, die gesamteuropäische wirtschaftliche Zusammenarbeit nach dem Ende des Kalten Krieges dauerhaft neu zu ordnen. Dies ist eine Aufgabe und Herausforderung für das ganze Europa und für die Weltwirtschaft.

Zur Reformdiskussion in der EG-Agrarpolitik

Die Probleme der Gemeinsamen Agrarpolitik haben sich seit etwa einem Jahr erneut krisenhaft verschärft. Nachdem sich die Lage auf den wichtigsten Agrarmärkten in den Jahren 1988 und 1989 entspannt und zu Einsparungen im EG-Haushalt geführt hatte, treten wieder Systemschwächen zutage, die man dank der Reformmaßnahmen von 1988 überwunden zu haben glaubte. Die Produktion nahezu aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse, vor allem aber von Getreide, Rindfleisch und Milch, übersteigt in dramatischer Weise die Binnenmarktnachfrage. Die Kosten für Lagerhaltung und Exportsubventionierung überschreiten die vorgegebenen Haushaltslinien bei weitem, und die Realeinkommen aus landwirtschaftlicher Erwerbstätigkeit schrumpfen.

Hinzu kommen krisenverschärfende äußere Einflüsse. Die Dollarschwäche zum Jahresbeginn und Absatzverluste auf wichtigen Regionalmärkten (Osteuropa, Naher Osten) für Nahrungsgüter der Gemeinschaft haben Überschüsse und Kosten zusätzlich steigen lassen. Mit Nachdruck fordern einige GATT-Mitglieder eine Änderung der Exportsubventionierung der EG für Nahrungsgüter. Die Politik der EG, Agrarüberschüsse hochsubventioniert auf den Weltmärkten unterzubringen, hat in der Tat sowohl zu deutlichen Verschiebungen bei den Marktanteilen zugunsten der EG geführt als auch zum Preisverfall auf einzelnen Märkten beigetragen. In dieser komplizierten Lage hat die EG-Kommission Anfang Februar ein Grundsatzpapier¹ zur Reform der Agrarpolitik vorgelegt. Es basiert, wie es in der Tat notwendig erscheint, auf einer restriktiveren Preispolitik, wird aber den Reformforderungen insgesamt nur bedingt gerecht. Die jüngsten agrarpolitischen Beschlüsse des EG-Ministerrats stehen zwar ebenfalls im Zeichen der Bewältigung des Überschußproblems, folgen aber nicht einmal dem rationalen preispolitischen Ansatz der Kommission. Sie sind im wesentlichen ein Kompromiß aus den unterschiedlichen nationalen Interessen und verlagern Subventionen aus dem EG-Haushalt zurück in die Budgets der Mitgliedstaaten.

Zur gegenwärtigen Lage

Vier Aspekte sind es vor allem, die die Agrarpolitik der Gemeinschaft erneut als reformbedürftig erscheinen lassen:

- Rapide wachsende *Produktionsüberschüsse* belasten den EG-Haushalt und damit die Steuerzahler.
- Trotz Steigerung der Ausgaben stagnieren die landwirtschaftlichen *Einkommen*.
- Im Konflikt zwischen der weiter voranschreitenden Intensivierung der Landwirtschaft und der Notwendigkeit, schonend mit den knappen *Umweltressourcen* umzugehen, ist man EG-weit über Lösungsansätze kaum hinausgekommen.
- Das Agrarmarktsystem der Gemeinschaft hat, vor allem aufgrund der subventionierten Exporte, zu Verdrängungswettbewerb auf wichtigen Weltmärkten und auf diese Weise zu *Handelskonflikten* geführt. Es gefährdet darüber hinaus die Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln in vielen Entwicklungsländern durch Unterbietung der lokalen Erzeugerpreise.

Produktionsüberschüsse

Langfristig gesehen besteht in der Gemeinschaft ein erhebliches Ungleichgewicht zwischen der Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und dem Verbrauch von Nahrungsgütern. Berechnungen der EG-Kommission

zufolge ist im Zeitraum von 1973 bis 1988 die Erzeugung um jahresdurchschnittlich 2 vH und damit erheblich rascher gestiegen als der innergemeinschaftliche Verbrauch (0,5 vH).

Vor diesem Hintergrund kamen die Korrekturmaßnahmen von 1988, die die Kommission seit dem Erscheinen ihres Grünbuches im Jahr 1985 vorbereitet hatte, zu spät. Die Stabilisierung der Erzeugung und der Haushaltskosten sollte mit Hilfe verschiedener Maßnahmen erreicht werden:

- Senkung der Interventionspreise oder der Produktionsbeihilfe, sobald die erzeugte Menge eine bestimmte, vorher festzulegende Schwelle überschreitet (sog. „Stabilisatoren“).
- Erhebung von zusätzlichen Abschlägen (Mitverantwortungsabgaben) bei bestimmten Produkten (Milch, Getreide) und damit Beteiligung der Erzeuger an der Finanzierung der Haushaltsausgaben.
- Festlegung einer Obergrenze der Agrarausgaben („Agrarleitlinie“), mit der das Ausgabenvolumen an die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes der Gemeinschaft gekoppelt werden soll.

Diese an den Preisen zu orientierende Regulierung sollte durch weitere Maßnahmen flankiert werden, die einerseits bei den Produktionsfaktoren ansetzen, anderer-

¹ Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Die künftige Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik. KOM (91) 100 vom 1. Februar 1991.

Interventionsbestände in der Europäischen Gemeinschaft
(1000 t Produktgewicht, Stand am Ende des Jahres)

	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	1991 ¹⁾
Getreide insgesamt	11 810	16 427	12 880	8 153	8 399	8 636	15 830	18 360
darunter Weichweizen	8 782	10 027	7 703	2 909	3 322	2 633	7 929	9 031
Butter	949	1 124	1 367	958	202	124	310	344
Magermilchpulver	616	520	772	473	7	5	325	382
Rindfleisch	611	646	498	686	382	110	650	780
Tabak		6	18	15	37	87	87	96 ²⁾

¹⁾ Stand Ende April, teilweise geschätzt. — ²⁾ Stand Ende März.

Quellen: Agrarberichte der Bundesregierung, verschiedene Jahrgänge; BML-Monatsberichte; Agra-Europe 20/91.

seits auf eine Entlastung kleinerer Betriebe von den Wirkungen der stabilisierenden Eingriffe zielen:

- Reduzierung der Produktion mit Hilfe von Flächenstilllegungen,
- Extensivierung der Produktion und Umstellung auf (noch) nicht überschüssige Erzeugnisse,
- Vorruhestandsregelung in Zusammenhang mit einer nichtlandwirtschaftlichen Nutzung von freigesetzten Flächen,
- Entlastung der Erzeuger mit geringer Fläche von den Auswirkungen der Preissenkungen und der Mitverantwortungsabgaben durch Beihilfen und Reduzierung der vorgesehenen Mitverantwortungsabgabe in diesen Betrieben.

Trotz dieser Maßnahmen haben in jüngster Zeit Nachfragerückgänge auf dem Binnen- und Außenmarkt dazu geführt, daß das Marktgleichgewicht teilweise größer ist als vor den Korrekturen im Jahre 1988. Ausdruck für das gegenwärtig sogar noch zunehmende Ungleichgewicht sind die wieder wachsenden Bestände an solchen Erzeugnissen, bei denen die EG zur Abnahme verpflichtet ist.

Auf Rekordhöhe bewegt sich derzeit der Getreideüberschuß. Rund 18 Millionen Tonnen warten in den Interventionslägern auf Abnehmer. Wenn auch ein Teil davon innerhalb der Gemeinschaft verfüttert werden dürfte (die Bestände an Futtergetreide, wie Mais, sind aufgrund der Trockenheit im vergangenen Jahr im Süden der EG sehr gering), muß die überwiegende Masse auf Märkten außerhalb der Gemeinschaft abgesetzt werden. Auch bei anderen Erzeugnissen konnte die Überschußproduktion nur vorübergehend reduziert oder sogar fast beseitigt werden. So steigt der Lagerbestand an Milcherzeugnissen seit Mitte 1990 rasch. Gegenwärtig liegen knapp 400 000 Tonnen Magermilchpulver „auf Halde“.

Größte Probleme bereitet gegenwärtig der Rindfleischmarkt. Ende Februar lagerten in der Gemeinschaft rund 700 000 Tonnen in öffentlichen Kühllhäusern; Ende April waren es bereits 780 000 Tonnen. Die Produktionsauswei-

zung um rund 4 vH (auf 7,6 Millionen Tonnen) stieß auf eine im gleichen Ausmaß sinkende Nachfrage (auf rund 7 Millionen Tonnen)²⁾. Der „Selbstversorgungsgrad“ bei Rind- und Kalbfleisch erhöhte sich 1990 von 101 vH auf 108 vH. Die öffentlichen Kühlkapazitäten der Gemeinschaft sind praktisch erschöpft, zumal sie auch infolge eines stetig wachsenden Interventionsdrucks bei Butter beansprucht werden. Der „Butterberg“ ist auf derzeit 344 000 Tonnen gestiegen, nachdem vor Jahresfrist nur 78 000 Tonnen eingelagert gewesen waren.

Lediglich knapp zwei Jahre währte die Marktentlastung bei Magermilchpulver: Vom Frühsommer 1988 bis zum Frühjahr 1990 waren die Bestände — nicht ohne erheblichen Mitteleinsatz der Gemeinschaft — bis auf geringe Mengen abgebaut worden. Mittlerweile ist ein weiterer Anstieg über die gegenwärtigen Interventionsbestände hinaus zu erwarten, da die Binnennachfrage hinter der Produktion zurückbleibt. Im Bereich der industriellen Verwendung von Magermilchpulver zur Kaseinherstellung ist beispielsweise eine Substitution durch Kasein aus Drittländern zu beobachten.

Auch bei Tabak, der hauptsächlich in südlichen Ländern der Gemeinschaft angebaut wird, ist trotz der im Jahre 1988 eingeführten Stabilisatoren der Interventionsbestand weiter gestiegen. Gegenwärtig übertrifft die Produktion die von der Gemeinschaft zugebilligte Garantiemenge von 385 000 Tonnen um rund 30 000 Tonnen, d.h. um knapp 8 vH; fast 100 000 Tonnen sind eingelagert.

Einkommen

Die realen landwirtschaftlichen Einkommen³⁾ je Beschäftigten haben in der Gemeinschaft seit Mitte der sieb-

²⁾ Der scharfe Rückgang im Verbrauch ist auf die in Großbritannien ausgebrochene Rinderseuche zurückzuführen.

³⁾ Hier ausgedrückt als reale Nettowertschöpfung zu Faktorkosten; dieser Indikator weist zwar erhebliche Schwächen auf, weil er nicht das Gesamteinkommen erfaßt. Auf EG-Ebene liegt aber kein besserer Indikator für langfristige Vergleiche vor.

Indizes der realen Nettowertschöpfung zu Faktorkosten je Jahresarbeitseinheit
Durchschnitt 1984 bis 1986 = 100

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988	1989	1990	Durchschnittl. 1990/89 in vH	Durchschnittl. jährliche Ver- änderungsrate 1980-90 in vH
Belgien	87,0	95,4	100,5	108,4	104,4	99,4	96,2	90,5	98,8	115,5	98,0	-15,2	0,8
Dänemark	65,8	75,4	91,2	78,1	104,0	95,7	100,3	80,0	81,0	94,5	95,3	0,8	2,2
Bundesrepublik	89,9	90,8	110,8	89,3	102,5	92,5	105,0	87,8	109,3	132,4	115,8	-12,5	2,5
Griechenland	91,5	97,0	99,9	90,7	98,8	101,3	100,0	101,8	111,9	118,9	109,4	-8,0	2,1
Spanien	86,7	77,2	89,5	89,9	101,0	103,1	95,9	102,7	118,5	118,5	123,1	3,9	4,2
Frankreich	85,9	89,0	105,1	104,2	103,5	98,3	98,2	98,7	94,9	110,1	110,3	0,2	1,5
Irland	88,2	88,5	96,6	101,0	112,2	97,6	90,2	109,2	122,9	124,6	115,2	-7,5	3,1
Italien	107,9	105,8	106,1	111,5	100,9	101,8	97,4	98,9	94,6	100,0	89,8	-10,2	-1,6
Luxemburg	69,2	77,6	107,7	95,1	98,0	99,9	102,2	101,9	107,4	124,9	116,2	-7,0	4,3
Niederlande	75,2	92,3	96,9	93,4	100,9	95,6	103,5	99,6	102,6	119,4	115,8	-3,0	3,2
Portugal	95,7	90,0	100,5	97,3	99,6	98,4	102,1	99,8	84,0	98,3	99,5	1,2	0,1
Großbritannien	88,6	95,0	103,1	93,1	111,9	90,6	97,5	96,1	85,3	95,3	91,8	-3,7	-0,4
EG	89,9	91,9	101,7	98,7	102,4	98,2	99,3	97,7	100,1	111,3	106,3	-4,5	1,4

Quelle: EUROSTAT.

ziger Jahre nur geringfügig zugenommen. Die Entwicklung verlief sehr unterschiedlich. Sowohl zwischen den Mitgliedstaaten als auch innerhalb der Staaten zwischen den Regionen vergrößerte sich das Gefälle der Einkommen. Dazu tragen neben Produktivitätsdifferenzen auch Unterschiede in der nationalen Subventionspolitik bei. Die in der Tabelle wiedergegebenen Einkommensindizes lassen indes keine genauen Rückschlüsse auf die soziale Lage der Landwirtschaft zu. Nach wie vor fehlen hierzu auf EG-Ebene die erforderlichen Ergänzungen in der Einkommensrechnung. Allerdings deuten die Indizes sehr wohl darauf hin, daß sich die enorme Steigerung der Zahlungen aus dem EG-Haushalt im Einkommen vieler Landwirte nicht ausgewirkt haben.

Umweltprobleme

Unter den herrschenden Rahmenbedingungen der Agrarmarktpolitik der Gemeinschaft und unter dem Anpassungsdruck der Landwirtschaft hat die Intensität von Landbewirtschaftung und Viehhaltung tendenziell zugenommen. Teilweise hat sich die Landwirtschaft schon aus traditionellen Bewirtschaftungsformen zurückgezogen und damit auch eine nicht unbedeutende Schutzfunktion in ökologisch sensiblen Zonen (Berggebiete) aufgegeben. Andererseits werden Flächen in höhere Intensitätsstufen übergeführt. Dies trifft vor allem dort zu, wo Grünland in Ackerland umgewandelt wird. Auch innerhalb der Ackerflächennutzung kommt es zu Spezialisierung und Intensivierung. Die Folgen sind bekannt: hohe Belastung von Böden, Grund- und Oberflächenwasser mit Stoffeinträgen, Verdichtung bzw. Erosion der Böden, Verschlech-

terung der Lebensbedingungen der wildlebenden Flora und Fauna, Artenschwund und Schädigung der Mikroorganismen.

Die Bemühungen zur "Ökologisierung" der Agrarproduktion haben in der Gemeinschaft insgesamt bisher noch zu wenig Anklang gefunden. Während bis Ende 1990 in der Gemeinschaft erst rund 0,8 Mill. ha vorwiegend mit dem Ziel der Marktentlastung stillgelegt worden sind, hatten die Extensivierungsprogramme praktisch keinen Erfolg; es blieb vorerst bei Pilotvorhaben.

Internationale Handelsprobleme

Die Position der Gemeinschaft auf den Weltmärkten für Agrarerzeugnisse hat sich deutlich verändert. Schon Mitte der siebziger Jahre wandelte sich die EG vom Nettoimporteur zum Nettoexporteur. Gegenwärtig geht es vor allem darum, daß die EG bei wichtigen Erzeugnissen auf starke Konkurrenz stößt, wenn sie ihre Überschüsse auf Drittlandsmärkten absetzen will. Dies führte bei Getreide in jüngster Zeit zu einem Subventionswettkampf zwischen den USA und der Gemeinschaft mit der Folge, daß einerseits die Weltmarktpreise sehr stark sanken, andererseits die Exporterstattungen hohe Haushaltskosten verursachten. Die Verbraucher im Inland kommen nicht in den Genuß der sinkenden Preise. Vielmehr werden die Bürger in der EG durch die im wesentlichen unveränderte Marktstützungspolitik erheblich belastet, indem sie als Steuerzahler die budgetären Systemkosten zu tragen und als Konsumenten hohe Verbraucherpreise zu zahlen haben.

Anteile der USA und der EG (12) am Weltgetreidehandel¹⁾

	Einheit	1985/86	1986/87	1987/88	1988/89	1989/90	1990/91 ²⁾
Weizen, Weizenmehl							
Ausfuhr Welt insges.	Mill. t	82,0	88,8	105,7	96,5	94,6	92,8
darunter USA	Mill. t	23,5	27,3	44,4	39,2	34,5	30,0
	vH	28,7	30,7	42,0	40,6	36,5	32,3
EG	Mill. t	14,3	15,3	14,7	19,4	18,5	19,0
	vH	17,4	17,2	13,9	20,1	19,6	20,5
Einfuhr Welt insges.	Mill. t	82,0	88,8	105,7	96,5	94,6	92,8
EG	Mill. t	2,7	2,8	2,4	2,4	2,1	2,2
	vH	3,3	3,2	2,3	2,5	2,2	2,4
Futtergetreide							
Ausfuhr Welt insges.	Mill. t	85,5	87,0	86,7	97,7	101,7	87,1
darunter USA	Mill. t	38,5	41,7	51,6	62,7	66,6	58,2
	vH	45,0	47,9	59,5	64,2	65,5	66,8
EG	Mill. t	8,5	8,1	8,5	11,1	9,8	7,5
	vH	9,9	9,3	9,8	11,4	9,6	8,6
Einfuhr Welt insges.	Mill. t	85,5	87,0	86,7	97,7	101,9	86,9
EG	Mill. t	7,1	3,6	4,7	4,1	3,8	3,5
	vH	8,3	4,1	5,4	4,2	3,7	4,0

1) Gemessen in Getreidewert. — 2) Geschätzt.

Quelle: Agrarwirtschaft, verschiedene Jahrgänge, jeweils Dezemberheft.

Eine Bewertung

Die Kommission kommt in ihrer Bilanz zu ernüchternden Ergebnissen. Diese können jedoch kaum überraschen. Auch nach den Korrekturen von 1988 war grundsätzliche Skepsis gegenüber der Agrarmarktpolitik angebracht. Die Stabilisatorenregelung hat nur das Niveau der Stützung, nicht aber das Prinzip der Agrarmarktregulierung tangiert; Produktionsanreize bestanden also fort. Zu wenig wurden in den Beschlüssen auch die EG-internen Nachfragestrukturen sowie die vielfältigen Substitutionsbeziehungen einbezogen bzw. als Risikofaktor berücksichtigt. Bei praktisch allen Produkten, für die eine volle Preis- und Absatzgarantie eingeführt worden ist, sind bei der Bemessung der „Garantiemenge“ deutlich über 100 vH liegende „Selbstversorgungsgrade“ zugrunde gelegt. Die Garantiemenge für Getreide in Höhe von 160 Millionen Tonnen übersteigt z.B. den Inlandsverbrauch im Wirtschaftsjahr 1989/90 von rund 135 Millionen Tonnen um 18,5 vH. Während Ernährungs- und Industrieverwendung in den letzten fünf Jahren praktisch stagnierten, ist der Verbrauch von Futtergetreide im Zeitraum von 1986 bis 1990 von 90 auf 79 Millionen Tonnen, d.h. um rund 12 vH zurückgegangen. Hält diese Entwicklung an, so ist ohne drastische Eingriffe in das gesamte Stützungssystem für Getreide die potentielle Überschuerzeugung selbst dann vorprogrammiert, wenn die zunächst auf 160

Millionen Tonnen begrenzte Garantiemenge von den Produzenten eingehalten wird.

Wie die Erfahrung zeigt, wirkt der ertragsteigernde technische Fortschritt weiterhin unvermindert. Bei Getreide stieg in der Gemeinschaft der Durchschnittsertrag je Hektar von 32,6 Dezitonnen (dt) Anfang der siebziger Jahre um rund 40 vH auf 45,3 dt Ende der achtziger Jahre. Die durchschnittlichen Hektarerträge im Erntejahr 1990 lagen — trotz der trockenheitsbedingten Einbußen in den südlichen Anbaugebieten — bei knapp 47 dt. Im Bereich der Hauptverwendung des Getreides, dem Futtermittelmarkt, steht Getreide einmal im Wettbewerb mit importierten Futtermitteln, den „Getreidesubstituten“, zum anderen stellen in der Gemeinschaft mit Subventionen erzeugte oder importierte Körnerleguminosen eine Konkurrenz zum Futtergetreide dar. Daraus ergeben sich zusätzlich zu anderen Faktoren erhebliche Absatzprobleme für Getreide, die auch kaum durch eine weitere Verschärfung des dirigistischen Instrumentariums längerfristig zu lösen sein werden.

Die flankierenden Maßnahmen haben — zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt — keinen entscheidenden Einfluß auf die Überproduktion. Bei den stillgelegten Getreideanbauflächen handelt es sich überwiegend um Grenzertragsflächen. Der Hektar-Ertrag auf den nicht stillgelegten Flächen hat sich aufgrund des technischen Fort-

schritts so stark erhöht, daß er den Freisetzungseffekt mehr als ausgleich.

Extensivierung, Einkommensbeihilfen für Kleinerzeuger und Vorruhestandsregelung blieben nach eigenen Feststellungen der Kommission praktisch bedeutungslos und konnten so auch nicht den erhofften Beitrag zur Stabilisierung leisten.

Die Reformbemühungen in den Jahren 1985 bis 1988 sind also, auch nach dem eigenen Bekenntnis der Kommission, Stückwerk geblieben. Der Kontrast zwischen davonlaufenden Haushaltskosten einerseits und mehr oder weniger stagnierenden landwirtschaftlichen Einkommen andererseits sind deutliche Indizien dafür, daß die in Artikel 39 der Römischen Verträge verankerten Ziele mit der derzeitigen Politik nicht zu erreichen sind: der landwirtschaftlichen Bevölkerung eine angemessene Lebenshaltung zu sichern, die Märkte zu stabilisieren, für die Belieferung der Verbraucher zu angemessenen Preisen Sorge zu tragen, die soziale Struktur der Landwirtschaft sowie die strukturellen und naturbedingten Unterschiede der verschiedenen landwirtschaftlichen Gebiete zu berücksichtigen.

Künftige Ziele ...

Wie glaubt die Kommission, aus dem Dilemma wachsender Produktions-, Einkommens-, Handels- und Haushaltsungleichgewichte herauszukommen? Aus dem Kommissionsdokument zur künftigen Entwicklung der Gemeinsamen Agrarpolitik lassen sich folgende Zielkomplexe herausfiltern:

- Die ausschließlich sektorale Ausrichtung der Agrarpolitik muß künftig in eine „aktive Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums“ übergeführt werden. Dazu ist es unerlässlich, die Strukturfonds auf die fünf Ziele der Strukturfondsreform vom Jahre 1988 hin zu überprüfen. Angestrebt werden muß, eine ausreichend große Zahl von Landwirten zum Bleiben zu veranlassen.
- Produktion von Nahrungs- und Nichtnahrungsgütern und die Erbringung von Leistungen für den Schutz der Umwelt müssen gleichermaßen von der Gesellschafts- und insbesondere der Agrarpolitik als Aufgaben der Landwirtschaft anerkannt und entgolten werden.
- Wiederherstellung des Gleichgewichts auf den Märkten muß vorrangig angestrebt werden, weil davon die Lösung u.a. der Haushaltsprobleme sowie gravierender internationaler Handels- und Entwicklungsprobleme abhängt.
- Dem Agrarhaushalt soll künftig die Rolle eines Solidarausgleichspools zukommen, das bisherige Prinzip der finanziellen Solidarität für die landwirtschaftlichen Märkte soll also auf die landwirtschaftlichen Betriebe und Regionen ausgedehnt werden. Dabei wird ange-

strebt, die Stützungsmechanismen stärker als bisher direkt auf die Einkommen der Landwirte wirken zu lassen.

... und Instrumente

In den Leitlinien für eine künftige Agrarpolitik entwirft die Kommission umrißhaft auch das Instrumentarium, mit dem sie glaubt, die zuvor genannten Ziele erreichen zu können. Dem Grundsatzcharakter des gesamten Kommissionspapiers entsprechend werden keine Details, sondern zunächst nur die Prinzipien eines künftigen Instrumenteneinsatzes in der Agrarpolitik dargelegt. Einzelheiten sind für einen späteren Zeitpunkt angekündigt.

Die Leitlinien sehen im wesentlichen folgendes vor:

- Entkoppelung des Erzeugerpreises von seiner Doppelfunktion als eines Instrumentes der Markt- und Einkommensteuerung. Da die angestrebten Preissenkungen (sie sollen im Falle von Getreide so weit reichen, daß die Wettbewerbsfähigkeit zu den Getreidesubstituten wieder hergestellt wird) zu drastischen Einkommensenkungen führen werden, sind Hektarbeihilfen als Ausgleich vorgesehen. Die Ausgleichszahlungen würden nach Betriebsgröße degressiv gestaltet und überdies an weiteren, jährlich neu zu definierenden Kriterien orientiert, wobei das Ausmaß der stillgelegten Fläche in die Bemessung mit eingehen soll. Aufgrund der Schlüsselposition des Getreidepreises im gesamten Agrarpreisgefüge erwartet die Kommission auch eine Senkung der Preise für tierische Erzeugnisse, so daß schließlich Stabilisatoren und Mitverantwortungsabgabe entbehrlich würden.
- Die wachsende Rolle von direkten Einkommenstransfers anstelle der Preisstützung wird an Bedingungen hinsichtlich der Intensität der Bewirtschaftung geknüpft, in der Viehhaltung beispielsweise an maximale Besatzdichte je Hektar.
- Die Ökologisierung der Landbewirtschaftung soll gefördert werden: Landwirte, die ihrer Funktion als Umwelt- und Naturschützer nachkommen, sollen dafür künftig entsprechend entlohnt werden. Damit in Verbindung stehen die Förderung umweltverträglicher Produktionsweisen, Extensivierung und Stilllegung von Flächen, die der Nahrungsproduktion dienen.
- Die Nicht-Nahrungsproduktion soll künftig eine größere Rolle bei der Erreichung agrarpolitischer Ziele spielen und aufgrund der Preissenkung für Marktordnungsprodukte wettbewerbsfähiger werden.
- Schließlich sollen die Anreize zur Freisetzung von Arbeitskräften und Flächen durch günstigere Vorruhestandsregelungen sowie Lockerung der Vorschriften für die Verwendung freiwerdender Flächen attraktiver gestaltet werden.

Fazit

Die Agrarmarktpolitik der EG-Kommission muß künftig deutlicher als bisher darauf gerichtet sein, die Überschüsse zu verringern. Mit den „Leitlinien“ dürfte dies nicht gewährleistet sein. Insbesondere bedarf es einer restriktiveren Preispolitik, als sie mit den Reformen von 1988 eingeleitet worden ist. Dies bedeutet prima facie starke Einkommensverluste für die Landwirte. Viele von ihnen müßten aufgeben. Die diskutierten Alternativen für die Landwirte sind Berufswechsel und vorzeitiger Ruhestand einerseits, Produktion von „Naturschutz“ und „nachwachsenden Rohstoffen“ andererseits. Der vorzeitige Ruhestand ist zwar eine wirksame Methode; er kommt aber nur für ältere Landwirte in Frage. Hier sollte er allerdings konsequent praktiziert werden; dazu muß er attraktiv genug ausgestaltet sein. Der Berufswechsel, soll er nicht zu verstärkter Landflucht führen, setzt ein ausreichendes Angebot an entsprechenden Arbeitsplätzen voraus. In den „Leitlinien“ der künftigen Entwicklung vermißt man jedoch ein in sich geschlossenes Bündel von Instrumenten, mit denen die ländlichen Gebiete strukturell so verbessert werden können, daß dieses Arbeitsplatzangebot gewährleistet wäre. Die Strukturfonds in ihrer jetzigen Ausstattung und Orientierung in vielen Mitgliedstaaten bedeuten keine ausreichende Hilfe dafür. Auch die Hoffnung auf vermehrte Produktion nachwachsender Rohstoffe ist derzeit noch wenig fundiert: Es mangelt an der entsprechenden Industrienachfrage; auch die Umweltverträglichkeit ist noch nicht gewährleistet.

So bleibt die Ökologisierung der Landwirtschaft als aussichtsreichster Weg aus dem Dilemma. Zwei Orientierungen sind dabei wichtig: Einmal müßten die Aufgaben für Landschaftspflege und Naturschutz definiert und angemessene, an den Nachweis der erbrachten Leistung geknüpfte Entgelte dafür festgelegt werden. Zum anderen

müßten die ökologischen Rahmenvorschriften für die Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Flächen so streng gefaßt werden, wie es die akute Gefährdung von Boden und Grundwasser erfordert. Dadurch würde einer zu intensiven Landbewirtschaftung der Boden entzogen. Die Chancen, aus eigener Kraft am Markt zu bestehen, wären damit zwischen den verschiedenen Betriebsgrößen und Produktionsrichtungen auch ausgewogener verteilt.

Die jüngsten agrarmarktpolitischen Beschlüsse der Europäischen Gemeinschaft für das Wirtschaftsjahr 1991/92 zielen auf eine Anpassung an die Marktsituation und scheinen damit wesentlichen Anforderungen an eine Reform zu entsprechen: Mengenbegrenzungen und Interventionsbedingungen sind teilweise, wie bei Milch und Rindfleisch, verschärft worden, die Preisgarantie für Getreide wurde u.a. durch Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe reduziert.

Die ausgehandelten Kompromisse zwischen den verschiedenen Interessen der Mitgliedstaaten dürften aber zu einem drastischen Schub bei den nationalen Subventionen führen. Allein die Belastung des Bundeshaushalts wird für die kommenden Jahre auf 500 Mill. DM geschätzt. Es würde über das Ziel einer stärker auf direkten Einkommenshilfen basierenden Reform der EG-Agrarpolitik hinausschießen, wollte man künftig undifferenziert, d.h. losgelöst von Betriebsgröße und individueller Betriebssituationen, sämtliche Einkommensausfälle, die auf einer Verschärfung der agrarmarktpolitischen Rahmenbedingungen zurückzuführen sind, vom Steuerzahler aufbringen lassen. Für die GATT-Verhandlungen ungünstig könnte sich der Beschluß auswirken, weiterhin eine „aktive Exportpolitik“ zu betreiben. Dies kommt vor allem den französischen Wünschen entgegen. So hat alles in allem das Besitzstandsdenken der meisten EG-Mitgliedstaaten gegenüber einer rationaleren, zukunftsorientierten Agrarpolitik wieder einmal die Oberhand behalten.

Stiftung
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00
BTX-Systemnummer * 2 99 11 #

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer, Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Sowjetunion: Der politische Machtkampf lähmt die Wirtschaft. Bearbeitet von Heinrich Machowski und Ulrich Weißenburger. —
Zur Reformdiskussion in der EG-Agrarpolitik. Bearbeitet von Peter Hrubesch.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandkosten